

Es darf keine Lizenz zum Töten geben

Protest Die Windkraftgegner aus Bitz und Winterlingen unterstützen die Aktion des bundesweit tätigen Umweltverbandes Naturschutzinitiative (NI). Sie hoffen, dass viele Bürger schriftlich ihren Unmut kundtun. *Von Volker Schweizer*

Die NI ist ein Verein zum Schutz von Landschaften, Wäldern, Wildtieren und Lebensräumen, der, so steht's auf der Internetseite, politisch unabhängig sei und weder durch Lobbyverbände beeinflusst noch gefördert werde. „Unsere Mitglieder sind engagierte Naturschutzexperten und -schützer, und wir finanzieren uns ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden von Privatpersonen oder Stiftungen.“ Die Geschäftsstelle befindet sich in Quirnbach im Westerwald.

Der Sprecher der Windkraftgegner, Herbert Bitsch, hat aus einem Sonderrundbrief der NI erfahren, dass das Bundesnaturschutzgesetz auf massiven Druck der Windindustrielobby geändert und der Artenschutz aufgeweicht werden solle. Die geplante Änderung, die auf eine Art „Lizenz zum Töten“ hinauslaufe, hält der Bundes- und Landesvorsitzende der NI, Harry Neumann, für nicht mit europäischem Recht vereinbar. Man habe daher eine bundesweit renommierte Anwaltskanzlei mit der Erstellung eines Rechtsgutachtens beauftragt. Sollte der Gesetzgeber die Pläne nicht aufgeben, werde die NI den Weg bis zum Europäischen Gerichtshof gehen.

Widerstand per Mausclick

„Die Aktion berührt unsere Seelen“, betont Bitsch, denn auch im Bauantrag für die sieben Anlagen zwischen Bitz und Winterlingen werde ein Antrag auf eine Ausnahmegenehmigung vom Tötungsverbot gestellt. Um gegen die Änderungen anzugehen, fordert die NI dazu auf, sich schriftlich an den jeweiligen Bundestagsabgeordneten zu wenden.

Herbert Bitsch und seine Mitstreiter machen natürlich mit – auf der Internetseite bbi-wk.de ist unter der Rubrik „Artenschutz statt Flatterstrom“ ein entsprechendes Schreiben verfasst, das



mit einem Mausclick zu Thomas Bareiß nach Berlin verschickt werden kann. Der gute alte Postweg ist natürlich auch möglich. Herbert Bitsch: „Unser Abgeordneter freut sich ganz bestimmt über jede Menge Briefe.“

Vor Gericht erfolgreich

Wiederholt hat sich die NI gegen die Windräder auf der Hochalb ausgesprochen. „Da wir diese als nicht genehmigungsfähig erachten, haben wir bereits gegen die vier Ende 2016 genehmigten Anlagen anwaltlich Widerspruch eingelegt und gegen die neue Planung Einwendungen durch eine Anwaltskanzlei erhoben“, stellt Harry Neumann abermals klar. „Zu groß sind die artenschutzrechtlichen Konflikte aufgrund der Rotmilan- und Wespenbusardsaufkommen.“ Das Verwaltungsgericht Gießen in Hessen habe vor Kurzem auf Antrag der NI entschieden, dass solche Ausnahmen vom Tötungsverbot europarechtswidrig seien.

„Die Begehrlichkeiten der Windindustrielobby nehmen immer mehr zu“, ärgert sich Herbert Bitsch, seine Mitstreiter und er würden auch weiterhin mit aller Kraft gegen das wirtschaftlich unsinnige Windräderprojekt vorgehen. Scharf kritisiert Bitsch den neuen Windatlas für Baden-Württemberg, der das Flächenpotenzial für den Ausbau der Windkraft deutlich erhöhe sowie die Neudefinition des Milan-Dichtezentrums zu Lasten des Artenschutzes. Die geplante Beschränkung der Rechte der Bürger und Institutionen, die gegen Windkraft zum Schutz von Gesundheit und Naturschutz vorgehen wollen, hält er für äußerst bedenklich. Das von der Politik vorgeschlagene „Windbürgergeld“, mit dem der Widerstand der Betroffenen gegen die Windkraft abgekauft werden solle, verdient laut Bitsch eher die Bezeichnung „Schildbürgergeld.“

„Unser Milan-Dichtezentrum zwischen Bitz und Winterlingen darf auf keinen Fall den Begehrlichkeiten der Windindustrielobby geopfert werden“, betont Herbert Bitsch.

Foto: Volker Schweizer.